



Kantonale Abstimmung vom 1. Juni

Umstrittenes Reusswehr-Projekt

Schwerpunkt	3	Gemeinden	14
Reusswehr: Kantonale und städtische Grüne haben je eine eigene Parole gefasst.		Rückblick auf die Kommunalwahlen vom 20. April 2008.	
Bund	6	Intern	18
Abstimmungen vom 1. Juni 2008: Wir Grünen empfehlen dreimal Nein.		Das Sport- und Familienfest findet statt – jetzt sich anmelden!	

Editorial

Herzlich willkommen in der Realität

Michael Töngi, Co-Präsident und Kantonsrat Grüne, Kriens



Lange Gesichter am Wahlsonntag: In den Parlamenten rund um Luzern haben die Grünen stagniert, die SP verloren. Der Vormarsch der SVP in den Gemeinden Horw und Kriens war erschreckend. Wir hatten uns etwas an die Erfolgsserie gewöhnt und wollten nicht recht wahrhaben, dass diese auch wieder abbrechen kann.

Leider Gottes ist es nicht so, dass der politische Weltenlauf quasi automatisiert in die grüne Richtung läuft. Das Auf und Ab bei Wahlen wird heute und morgen andauern, und die Kräfteverhältnisse werden sich nicht dauernd in eine Richtung verschieben.

Indes darf man nicht vergessen: Die Grünen haben sich plus-minus gehalten, in Emmen und Kriens auf einem ansehnlichen Niveau, verloren hat die SP, teilweise dramatisch. Das war voraussehbar, weshalb sollten LuzernerInnen in den Agglogemeinden anders wählen als Leute in St. Gallen, Schwyz oder Thurgau? Die Megatrends setzen sich auch kommunal durch. Es gibt Zeiten, in denen man sich etwas ducken muss und

drauf vertrauen: Es kommt auch wieder anders.

Andererseits sind die Resultate der Kommunalwahlen ein Zeichen, dass wir gefordert sind. Zwar hat die SVP immense Geldmittel, und jeder Muck, ob gescheit oder weniger gescheit, wird in den Zeitungen abgehandelt. Aber es genügt nicht, wenn Linke sich mit dem Lamento über diese Zustände begnügen. Das nützt nichts und demoralisiert. Und: Es ist nur die eine Hälfte der Wahrheit. Denn eines macht die SVP sehr gut: Sie ist ungeheuer aktiv und kann auf begeisterte Mitarbeiter (und wenige Mitarbeiterinnen) zählen.

Die Grünen haben in Kriens und Emmen ebenfalls Unterschriften für je ein Referendum gesammelt. Gut so. Weitere Referenden und Initiativen müssen nun folgen. Wir Grünen mögen tatsächlich gescheit analysieren und gute Lösungen vorschlagen, aber all das müssen wir auch unter die Leute bringen. Und dazu müssen wir die Mittel nutzen, die uns zur Verfügung stehen: Unterschriften sammeln und Abstimmungskämpfe durchführen.

PATRICK STEINER

**PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN**

LUZERNERSTRASSE 33C
6010 KRIENS
TELEFON 079 650 79 42

Die Idee
von Ihnen

Das Holz
aus der Region

Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 310 27 12
www.holzding.ch

Kantonale Abstimmung vom 1. Juni 2008

Reusswehr-Sanierung umstritten

Raphael Fischer, Mitglied kantonalen Vorstand Grüne, Luzern

An ihrer Versammlung vom 16. April beschlossen die Mitglieder der Grünen Luzern Stimmfreigabe zur Reusswehr-Sanierung. Dies, nachdem die Abstimmung sehr knapp ausgefallen war. Im RundBrief stellen wir die Argumente beider Seiten vor.

Zentral ist bei dieser Vorlage der Hochwasserschutz. Die Pro-Seite argumentiert, dass die heutige Kapazität des Seeabflusses zu gering sei. In Zukunft sei vermehrt mit Hochwassern zu rechnen, und das neue Reusswehr solle auch vor einer Überschwemmung schützen, wenn es ein Jahrhundert-Hochwasser wie 1910 oder 2005 gebe. Dem hält die Kontrasteite entgegen, dass beim Hochwasser vom August 2005 das Management des Wehrs versagt habe, nicht das Wehr selbst. Das Wehr sei zu spät geöffnet worden, das Amt der Schwellenmeister bereits vorher abgeschafft.

Tatsache ist: Im August 2005 wurde ein Teil des alten Wehrs zerstört. Die Befürworterseite argumentiert denn auch, dass deshalb eine Sanierung nötig sei, die Anlage sei in einem schlechten baulichen Zustand. Die GegnerInnen

sehen das anders: Das jetzige Wehr sei eine einfache, bewährte und geniale Anlage und habe ein intelligentes Reglement auch für den Hochwasserschutz. Die GegnerInnen verstehen nicht, warum dieses Wehr ersetzt werden soll durch eine komplizierte Neukonstruktion, die das Hochwasserproblem nicht wirklich löse.

Der Abfluss der Reuss wurde bisher durch Ziehen oder Setzen von dicht aneinander stehenden Holzstäben (sog. Nadeln) reguliert. Neu würde das Wehr per Knopfdruck reguliert, ein Eingriff wäre jederzeit möglich, auch wenn der Fluss bereits hoch ginge. Die Gegenseite glaubt hingegen nicht, dass das neue Wehr im Ernstfall besser funktionieren würde. Hätte man im August 2005 rechtzeitig reagiert (das Wehr früher geöffnet), hätte es dem Hochwasser standgehalten.

Weitere Argumente stellen wir in diesem RundBrief auf Seite 4 einander gegenüber.



Pro Reusswehr-Sanierung

Naturschutz
Eine höhere Schwankung des Seepiegels nützt Tieren und Pflanzen in Ufernähe. Der Naturschutz ist besser als vorher, erstmals im Kanton Luzern mit einem begleitenden Ökomonitoring.

Seepiegel
Den Seepiegel abzusenken ist keine Lösung, weil diese Massnahme die Feuchtgebiete rundherum schädigen würde.

Kosten
Das Reusswehr-Projekt ist ein Gemeinschaftsprojekt der Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden und Nidwalden, der Stadt Luzern und des Bundes. Von den Gesamtkosten von 22,8 Mio. Franken übernimmt der Kanton 4 Mio., die Stadt 2 Mio. (Die Schäden aus dem Hochwasser von 2005 betragen über 30 Mio. Franken). Die Betriebskosten werden von allen Seekantonen getragen.

Denkmalschutz
Die Denkmalschutzbehörden sind einverstanden mit der massvollen Umgestaltung. Das Projekt ist eine clevere Kombination von alten und neuen Elementen, der äussere Anblick bleibt praktisch unverändert.

Unterlieger
Unterhalb des Reusswehrs besteht keine zusätzliche Hochwassergefahr.

Alternativen
Es gibt keine bessere Alternative. Ein unterirdischer Entlastungskanal wäre viel zu teuer, nichts tun völlig unverantwortlich.

Internet
www.reusswehranlage.lu.ch

Kontra Reusswehr-Sanierung

Naturschutz
Der Reuss wird ein widernatürlicher Flusslauf aufgezwungen, der Fluss wird auf die falsche Seite gelenkt. Massive Ausbaggerungen im Bereich vor dem Wehr senken den Flusspegel sichtbar ab.

Seepiegel
Das bisher gültige Wehrrglement wurde nicht eingehalten (bis 35 cm zu hoher Seepiegel wird toleriert). Der See wird zu wenig reguliert.

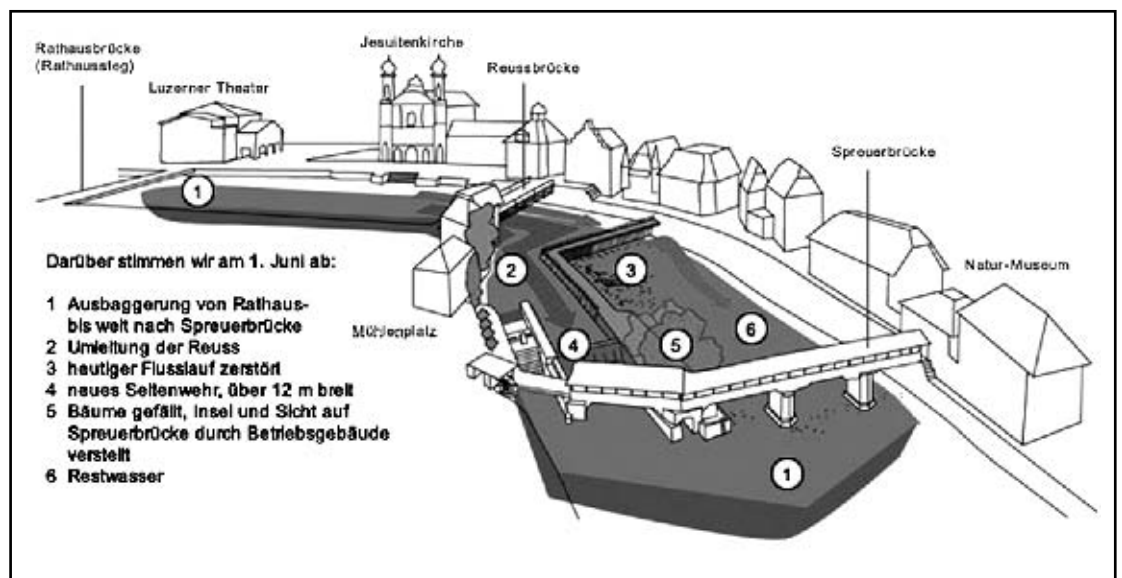
Kosten
23 Mio. Franken sind zu viel für ein fragwürdiges Experiment. Zudem ist die Rechnung beschönigt (der ewl-Beitrag wird letztlich auch von den SteuerzahlerInnen der Stadt Luzern bezahlt). In Zukunft ist mit viermal höheren Betriebskosten zu rechnen.

Denkmalschutz
Das Luzerner Reusswehr ist ein einzigartiges Regulierwerk. Es feiert bald sein 150-jähriges Bestehen. Wenn das weltweit einzigartige Nadelwehr zu 80 % zerstört wird, ist es nicht mehr dasselbe Denkmal.

Unterlieger
Das Hochwasserproblem in Emmen bleibt ungelöst; das Projekt nützt reussabwärts nichts, sondern schadet sogar.

Alternativen
Es gibt Alternativen: Warum nicht eine Sanierung des Wehrs mit dem Ziel, es so wiederherzustellen, wie es bis zum Hochwasser 2005 aussah?

Internet
www.reusswehr.info





Städtische Grüne beschliessen Nein-Parole

Die kantonale Vorlage zum neuen Reusswehr betrifft die Bevölkerung der Stadt Luzern besonders stark. Aus diesem Grund und wegen des erwarteten knappen Entscheides der kantonalen Mitgliederversammlung (Parole: Stimmfreigabe) hat der städtische Vorstand beschlossen, dass die Grünen der Stadt Luzern eine eigene Parole zu dieser Vorlage fassen. Der Nutzen des Projektes für den Hochwasserschutz, die städtebaulichen Bedenken und die Beeinträchtigungen während des Baus erforderten ein Abwägen der Argumente. Die Grünen der Stadt Luzern beschlossen an ihrer Mitgliederversammlung vom 22. April 2008 die Nein-Parole zur Reusswehr-Vorlage. Die Bedenken gegenüber dem Projekt für ein neues Reusswehr wurden durch die Mitglieder stärker gewichtet als der allfällige Nutzen der Vorlage.

archinatura

Büro für Architektur + Baubiologie

Überzeugende Architektur im Einklang mit der Natur

Orientiert an der Sonnenlaufbahn	Berücksichtigung der Mondphasen
Solare Warmwasseraufbereitung	Konstruktive Solarenergienutzung
Wintergärten mit Solarenergienutzung	Regenwassernutzungsanlage
Grundofen- oder Pellet-Heizung	Strahlungswärme mit Wandheizung
Atmungsaktive Baukonstruktion	Kombinierter Holz- und Lehmbau
Natürliche Baumaterialien	Innenausbau mit Holz und Lehm
Bauteilwiederverwendung	Einfache technische Installationen
Naturfarben, Kalk- und Lehmputze	Dachbegrünung und Naturgärten
Äusserst behagliches Wohnklima	Offenes, traumhaftes Raumkonzept
Sparsamer Betrieb und Unterhalt	Minimaler Einsatz grauer Energie
Bringt sehr hohe Lebensqualität	Gezielte Gesundheitsvorsorge
Ungewöhnliche, innovative Ideen	Überzeugende Lösungen
Kompetente Bauleitung	Effizientes Baumanagement
Umfassende Bauplanung	Neu- und Umbauten aller Art

Gerne zeigen wir Ihnen eines unserer Referenzobjekte

Paul Nijman Dipl. Architekt + Baubiologe SIB 6207 Nottwil
041 937 19 18 Info@archinatura.ch www.archinatura.ch



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsöfen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,
unser Team freut sich auf ihren
Anruf 041 410 40 70

BE | NETZ

BE und Energie
BE Netz AG
Bernstrasse 57a
6003 Luzern
info@benetz.ch / www.benetz.ch

SVP-Initiative kommt zur Abstimmung

Kein Friede in der Einbürgerung

Louis Schelbert, Nationalrat Grüne, Luzern

Die SVP-Initiative «für demokratische Einbürgerungen» liegt nicht im Interesse unseres Landes und der Bevölkerung. Sie würde elementare rechtsstaatliche Grundsätze verletzen. Wir Grünen sind gegen Willkür und Diskriminierung und lehnen die Initiative deshalb klar ab.



Am 1. Juni kommt die SVP-Initiative «für demokratische Einbürgerungen» zur Abstimmung. Der Titel ist irreführend, denn die Initiative verletzt nicht nur rechtsstaatliche Grundsätze, sondern tritt selbst die Demokratie mit Füssen. Sie lautet: «Die Stimmberechtigten jeder Gemeinde legen in der Gemeindeordnung fest, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt. Der Entscheid dieses Organs über die Erteilung des Gemeindebürgerrechts ist endgültig.»

Verletzung des Rechtsstaats

Das bedeutet: Urnenentscheide sollen bei Einbürgerungen wieder möglich, das Recht auf Überprüfung einer Ablehnung abgeschafft, der Willkür und der Diskriminierung neue Türen geöffnet werden. So geht es nicht. Das widerspricht unserer Rechtsorganisation,

dem Rechtsempfinden und internationalen Rechtsnormen. Die Bundesverfassung, der Pakt über die bürgerlichen und

politischen Rechte sowie die Europäische Menschenrechtskonvention verpflichten uns bei Einbürgerungen zu einem fairen Verfahren, wie es heute in den Kantonen und Gemeinden üblich ist.

Schlechte Verlierer

Dieses Verfahren wollen die Initianten abschaffen, obwohl oder gerade weil es gut funktioniert. Tatsächlich ist es um die Einbürgerungen ruhiger geworden. Wären nicht die «initiativen Zeusler», hätten wir nach Jahren der Auseinandersetzungen nun Frieden in der Einbürgerungsfrage. In diversen Kantonen und Gemeinden sind nach Abstimmungen neue Einbürgerungsverfahren eingeführt worden und neue Bürgerrechtsgesetze in Kraft getreten. Sie sind der SVP ein Dorn im Auge, denn sie hat diese Abstimmungen (z. B. in den Kantonen Bern und Zürich) klar verloren. Anders gesagt: Die Initianten sind schlechte Verlierer.

Mit Annahme der Initiative würden alle demokratisch abgesicherten Verfahren in den Kantonen über den Haufen geworfen, auch jene, die schon vor 2003 installiert waren, als das Bundesgericht den krassen Rechtsverletzungen in Emmen ein Ende setzte. Deshalb hat das Volksbegehren eher mit «Demokratie» als mit Demokratie zu tun.

Indirekter Gegenvorschlag

Die Bundesversammlung und der Bundesrat lehnen die Initiative klar ab und stellen ihr einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Der Gegenvorschlag anerkennt, dass die Ablehnung einer Einbürgerung begründet werden muss, und er garantiert den Rechtsweg. Er verhindert Diskriminierungen wegen der Ethnie, des Geschlechts oder der Hautfarbe. Im Wesentlichen stellt er den Status quo auf gesetzlicher Basis dar. Einbürgerungen an Gemeindeversammlungen sollen daher möglich bleiben. Er kommt den Initianten damit einen Schritt entgegen – etwas, was man umgekehrt kaum erlebt.

Fazit: Die Schweiz ist eine Demokratie und ein Rechtsstaat. Beides gehört zusammen und prägt unsere politische Kultur. Mit einem Nein zur SVP-Einbürgerungsinitiative stellen wir sicher, dass das so bleibt.

Abstimmungsparele

Volksinitiative vom 18. November 2005
«für demokratische Einbürgerungen»

NEIN

Bio-Erzeugnisse: Von Natur aus besser.
Verkauf ab Hof: Freitag, 14-19h und Samstag, 8-13h

Ueli & Hof

Horw/St. Niklausen · Bio-Hof Mättwil
Telefon 041 911 22 20 · www.uelihof.ch

Eidgenössische Abstimmung vom 1. Juni 2008

Nein zur «Maulkorbinitiative»

Natalie Kamber, Sekretärin Grüne Luzern

Am 1. Juni stimmt die Schweizer Bevölkerung über die so genannte Maulkorbinitiative ab. Sie will den Behörden die Informationstätigkeit, insbesondere vor Volksabstimmungen, verbieten. Es blieben dann vor allem die Millionenkampagnen von Blocher und Co. Das wollen wir Grünen natürlich nicht.

Die Abstimmungsniederlagen über die UNO und über die Personenfreizügigkeit mit der EU gerieten der politischen Rechten in den falschen Hals. Trotz aufwendiger Kampagnen verlor sie damals und unterlag auch bei ihren weiteren aussenpolitischen Interventionen. Als «Antwort» wurde eine eidgenössische Volksinitiative lanciert, die dem Bundesrat verbieten will, die Stimmberechtigten zu informieren.

Mehr noch – die Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» will nicht nur dem Bundesrat, sondern auch den Angehörigen des obersten Kaders der Bundesverwaltung und den Bundesämtern verbieten, vor Abstimmungen zu informieren. Es soll nur noch die Erläuterung im Abstimmungsbüchlein geben und einen einmaligen kurzen Auftritt der zuständigen Departementsvorstehenden.

Freie Meinungsbildung ermöglichen

Auch wir Grünen sind nicht begeistert über jeden Auftritt von Bundesratsmitgliedern. Trotzdem ist es nicht angezeigt, den Behörden faktisch einen Maulkorb umzubinden. Ziel ist es doch, die freie Meinungsbildung der Stimmberechtigten zu ermöglichen. Ein Verbot der Informationstätigkeit der genannten Behörden wäre unverhältnismässig. Zwar sollen sich die Mitglieder der Regierung etwas zurückhalten, aber sie dürfen durchaus als Politiker und Politikerinnen erkennbar bleiben. Dieser Auffassung sind auch das Bundesgericht und ein Grossteil der Lehre.

Die Bestimmungen der Initiative würden im übrigen Art. 180 Abs. 2 der Bundesverfassung konkurrieren. Dort heisst es, dass der Bundesrat die Öffentlichkeit rechtzeitig und umfassend über seine Tätigkeit informiert, soweit dem nicht überwiegende öffentliche und private Interessen entgegenstehen. Wie weit also der geforderte Maulkorb in der Praxis gehen

könnte, ist unklar. Der Bundesrat muss jedenfalls der Bevölkerung seine Politik erklären können. Entsprechend sieht das geltende Recht nicht nur Information, sondern auch Kommunikation mit der Öffentlichkeit vor (Art. 11 RVOG).

Propaganda ist bereits verboten

Das von den Initianten gleichzeitig geforderte Propaganda-Verbot rennt offene Türen ein. Behördenpropaganda ist schon mit dem geltenden Recht nicht vereinbar. Der Bundesrat ist verpflichtet, objektiv und sachlich zu informieren, er muss den Stimmberechtigten die Vor- und Nachteile einer Vorlage darstellen. In einem indirekten Gegenvorschlag hat das Parlament zudem beschlossen, dass der Bundesrat die Haltung der Bundesversammlung zu vertreten hat.

All das können und wollen Parteien oder Verbände nicht leisten. Sie wären in der Zeit vor der Abstimmung noch die einzigen Akteure. Ihr Ziel ist aber weder Objektivität noch Vollständigkeit oder Transparenz. Sie wollen eine bestimmte Abstimmung gewinnen und hätten im Übrigen auch nicht die Mittel, um bei jeder Vorlage gross einzusteigen.

**Abstimmungsparele**

Volksinitiative vom 11. August 2004
«Volkssouveränität statt
Behördenpropaganda»

NEIN**EMMER BIOHOF**

Franz und Maya
Helfenstein Probst
Oberhasli, 6032 Emmen
041 260 21 71
www.emmer-biohof.ch

Herzlich willkommen in unserem Hofladen!

ÖffnungszeitenMo 16⁰⁰–18⁰⁰ UhrMi 10⁰⁰–12⁰⁰ UhrFr 14⁰⁰–18⁰⁰ Uhr frisches Brot/ZopfSa 10⁰⁰–12⁰⁰ Uhr

Gönnen Sie sich einen Rundgang in unserem Pflanzenlabyrinth!

Eidgenössische Abstimmung vom 1. Juni 2008

Mogelpaket im Gesundheitswesen

Katharina Meile, Kantonsrätin Grüne, Luzern

Wir Grünen sind durchaus für mehr Kostenbewusstsein im Gesundheitswesen. Das geht aber nicht mit der Vorlage «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung», die am 1. Juni zur Abstimmung kommt.

Der Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung» ist ein Gegenentwurf zu einer zurückgezogenen SVP-Volksinitiative. Der Titel klingt viel versprechend. Wer aber genau hinschaut, merkt schnell, dass der Titel die eigentlichen Tatsachen vernebelt und sich dahinter eine Mogelpackung versteckt.



Keine freie Arztwahl mehr

Die freie Arztwahl würde abgeschafft werden. Künftig sollen nur noch die Krankenkassen bestimmen, welche ÄrztInnen erlaubt sind und welche nicht. Es gäbe für PatientInnen keine Wahlfreiheit mehr.

Neu würde vom dualistischen Finanzierungsmodell im Gesundheitswesen zum monistischen gewechselt. Das heisst: Die Kantone würden zwar weiterhin einen Teil

der Kosten übernehmen, das Geld aber nicht mehr direkt an die Spitäler, sondern an die

Krankenkassen überweisen – ohne eine wirkliche Möglichkeit, die Kassen zu kontrollieren. Die Folge wäre eine Machtkonzentration bei den Kassen!

Bei Unfall und Pflegebedürftigkeit würde ein krasser Leistungsabbau drohen. Der Verfassungsartikel liesse mit der Kann-Formulierung zu, dass diese aus der Grundversicherung gestrichen werden. Vor allem chronisch Kranke und ältere Menschen könnten künftig nicht mehr auf die Kassen zählen, trotz jahrelangem Prämienzahlen!

Die Krankenpflegeversicherung muss für alle obligatorisch bleiben und ihren solidarischen und sozialen Charakter beibehalten. Es darf im Gesundheitswesen nicht um eine Orientierung am Profit gehen. Deshalb empfehlen wir Grünen ein Nein zum neuen Verfassungsartikel.

Breite Allianz gegen die Vorlage

Gegen die Vorlage stellen sich neben Grünen und SP auch die Kantone (Gesundheitsdirektorenkonferenz) und praktisch alle Fachorganisationen (FMH, VPOD und weitere Gewerkschaften). Im Kanton Luzern wird ein Nein-Komitee gebildet. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, das Komitee zu unterstützen.

Kontakt: SP-Sekretariat, Tel. 041 311 05 85, info@sp-luzern.ch

Abstimmungsparole

Verfassungsartikel «Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung»

NEIN

Die mag mich!

www.xundheit.ch

Xundheit
versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstr. 28, 6002 Luzern, Tel. 041 227 77 77

Zur Debatte um den Finanzplatz und die Steuerfrage

Nach vorne statt ins Reduit

Louis Schelbert, Nationalrat Grüne, Luzern

Angeregt durch dringliche Initiativen aus dem Nationalrat hat der Bundesrat seine Haltung zu Fragen des Finanzplatzes Schweiz dargelegt. Die Grünen teilen aus Souveränitätsgründen die Haltung des Bundesrats, sich mit der EU jetzt nicht auf Verhandlungen über Steuerfragen einzulassen. Erst recht wäre es falsch, die Steuerfrage mit der Personenfreizügigkeit zu verknüpfen. Das Erstere ist kein aktuelles Verhandlungsdossier; ausserdem haben die beiden Dossiers nichts miteinander zu tun. Allerdings wäre die EU glaubwürdiger, wenn sie das eigene Haus zuerst bestellte – es ist zu erinnern an Belgien, Luxemburg und Österreich.

Reformdruck von innen

Trotzdem muss die Schweizer Steuergesetzgebung überarbeitet werden, nicht wegen des Drucks von aussen, sondern von uns aus. Die Praxis, bei Steuerhinterziehung Amts- und Rechtshilfe z.B. in Europa nicht zu gewähren, ist nicht zukunftsträchtig. Die USA greifen via Swift systematisch auf grenzüberschreitende Finanzdaten zu und hebeln damit das Schweizer Bankgeheimnis aus. Wie kann anderen Ländern, etwa der EU, vorenthalten werden, was sich die USA ohne grosse Probleme beschaffen können?

Ein Schritt nach vorn würde dem Finanzplatz Schweiz mehr helfen als eine Verankerung des Bankgeheimnisses in der Bundesverfassung. Abgesehen von der Unverhältnismässigkeit einer solchen Verfassungsbestimmung wäre diese Strategie defensiv, quasi vom Reduitgedanken gespiesen. An der US-amerikanischen Praxis vis-à-vis Schweizer Finanzinstituten würde sich rein gar nichts ändern.

Auch eine Förderung von Nummernkonti würde nicht helfen. Denn in der Realität wurden die Schweizer Banken von den USA dazu verpflichtet, bei Nummernkonti auch Namen und Adressen der Kunden offen zu legen. Fazit: Mit dem Blick zurück lässt sich auf diesem Feld nichts gewinnen.

Gleichbehandlung von EU und USA

Es stellt sich daher die Frage: Weshalb handelt der Bundesrat die Souveränitätsfrage gegenüber den USA anders als gegenüber der EU? Wieso duldet man an Aktivitäten von

jenseits des Atlantiks, was bei Ländern auf unserem Kontinent zu harschen Reaktionen und Souveränitätsbezeugungen führt? Im Ständerat hat sich der Bundesrat in der ersten Sessionswoche nicht darauf eingelassen, die von den USA erzwungene Weitergabe von Bankdaten durch die Bundesanwaltschaft untersuchen zu lassen. Das ruft nach Erklärungen!

Ethischer Boden für Finanzpolitik

Für die Zukunft plädiert unsere Fraktion für eine offensive Strategie auf einer ethischen Basis. Die Grünen sind für einen Finanzplatz und ein Steuersystem, die sich in allen Teilen ethisch verantworten lassen. Die Grünen sind gegen Steuerparadiese und Steueroasen, innenpolitisch im Übrigen nicht minder. Zukunft für den Finanzplatz bietet ein Konzept, das nicht auf Kosten der Entwicklungsländer geht und ihnen keine Mittel raubt, die sie dringend für den Kampf gegen Hunger und Armut brauchen. Zukunft gibt es für ein System, das nicht aus der Unterscheidung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug Profit zieht.

Schliesslich ist festzustellen, dass das Versagen der Grossbanken UBS und CS dem Finanzplatz schwer geschadet hat. Unser Land muss deshalb die Finanzmarkt-Aufsicht noch einmal ernsthaft prüfen. Das Gesetz ist dann allenfalls in Teilen zu revidieren, bevor es in Kraft tritt.



«Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien!» Energie-Initiative zurückgezogen

Michael Töngi, Kantonsrat Grüne, Kriens

Die Luzerner Regierung hat die Ziele unserer Initiative «Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien!» in weiten Teilen übernommen. Das Initiativkomitee hat nun beschlossen, die Initiative zurückzuziehen.

Der Vorstand und die Kantonsratsfraktion der Grünen Luzern haben sich im Vorfeld der zweiten Lesung und nach der Schlussabstimmung im Kantonsrat mit der Frage beschäftigt, ob die Initiative zurückgezogen werden soll. Beide Gremien haben diese Frage mit Ja beantwortet. Dies aus folgenden Gründen:

Der Gegenvorschlag der Regierung ist brauchbar. Die neue Bestimmung bedeutet eine Verbesserung gegenüber dem heutigen Zustand und bringt insbesondere auch wegen des vorgesehenen Controllings einen echten Fortschritt und die Möglichkeit, regelmässig nachzuhaken. Die Zielsetzung der Initiative wurde in weiten Teilen übernommen. Nachteilig ist die Formulierung, dass der Kanton nur in Abhängigkeit der Bundesmassnahmen die Ziele erreichen muss. Änderungsanträge dieses Passus waren chancenlos im Parlament. Und: Selbst wenn die Initiative vom Volk angenommen würde, gäbe es keinen Grund, weshalb der Kantonsrat eine bessere Umsetzung beschliessen sollte, die Mehrheitsverhältnisse sind die gleichen.

Auch aus taktischer Sicht spricht wenig für und vieles gegen eine Aufrechterhaltung der Initiative: Der Unterschied zwischen Initiative und Gegenvorschlag ist schwierig zu erklären.



Ausserdem ist es immer schwieriger, vor kantonalen Abstimmungen Gehör zu finden. Nur einige wenige kantonale Abstimmungen interessieren breitere Kreise.

Aufgrund dieser Argumente hat das Initiativkomitee am 7. April 2008 beschlossen, die Initiative zurückzuziehen.

stattkino

ab 15. Mai

HIDDEN HEART

von Cristina Karrer & Werner Schweizer

am 16. Mai

KURZFILMNACHT 2008

ab 29. Mai

LA REINA DEL CONDÓN

von Silvana Ceschi & Reto Stamm

ab 5. Juni

KHADAK

von Peter Brosens & Jessica Woodworth

ab 19. Juni

PAS DOUCE

von Jeanne Waltz

ab 10. Juli

LA CAJA

von Juan Carlos Falcón

ab 31. Juli

NIGHT TRAIN

von Yinan Diaó

ab 21. August

LAS VIDAS POSSIBLES

von Sandra Gugliotta



Oeko-Hotel Gruebismalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen. Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern. Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebismalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70

STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm · www.stattkino.ch

Als der öffentliche Raum noch öffentlich war ...

Wegweisung ist Willkür

Oliver Renggli, Sprecher des Bündnisses «Luzern für alle», Luzern

Es gab eine Zeit, da durften die Menschen im öffentlichen Raum miteinander sprechen, durften Kinder auch mal herumrennen und Hunde herumtollen, und ein Betrunkener wurde auch dann vom Pfarrer begrüsst, wenn er sich gerade mit der Lehrerin unterhielt. Öffentlicher Raum wurde zum Beispiel «Dorfplatz» genannt, und die Menschen waren die «Bevölkerung».

Ich will nichts schönreden und schicke voraus, dass ich weder ein Vergangenheitsjunker noch ein Freund von Bauernmalerei bin. Aber ich stelle fest: Im öffentlichen Raum muss jetzt jeder Quadratzentimeter rentieren, und es wird nur noch geredet von «Randgruppen», «Nutzungskonflikten», «Überwachung», «kommerziellem Anspruch», «Quartieraufwertung» und ... ach ja: «Wegweisung»!

Dass Suchtkranke nicht zum Must-Have auf einem Kinderspielplatz wie dem Vögeligärtli gehören, versteht sich von selbst. Die Antwort der Rechtskonservativen kam natürlich so prompt wie immer: «Diese Leute müssen weg!» Die Qualität der Lösung oder gar gesellschaftliche Weitsichtigkeit haben jedoch Parteien wie die SVP noch nie interessiert.

Vom Vögeligärtli in den Salesia-Park

Die Polizei hat es auch ohne das Mittel der Wegweisung geschafft, die «Randständigen» aus dem Vögeligärtli zu vertreiben. Ein paar Kontrollen hier, ein paar Schikanen dort, und schon verschwinden die Leute wie von selbst ... Und wohin hat der grosse Magier sie verschwinden lassen? Richtig: in den Krienser Salesia-Park. So weit, so schlecht. Kaum hatte der erste «Randständige» seinen Fuss in diesen Park, der bis dato völlig unbekannt war, gesetzt, heulte die Krienser SVP auf und forderte die Räumung des Parks. Eine ganz neue und originelle Lösung, nicht?

Geholfen ist niemandem mit dem Vertreiben von «Randständigen». Die Wegweisung ist eine Scheinlösung und zeigt nur, wie stark sich die Gesellschaft in den letzten Jahren entsolidarisiert hat. Reale Alltagsprobleme werden nicht mal mehr ansatzweise gelöst, und im Mittelstand gibt es immer mehr potenzielle SVP-Wähler.

Für ein wärmeres Klima in der Gesellschaft

Wir meinen, der gesellschaftlichen Kälte muss eine Klimaerwärmung entgegengesetzt werden! Die Wegweisung ist ein massiver Eingriff in unsere Grundrechte und dient denen als Speerspitze, die den liberalen Rechtsstaat zu ihren Gunsten verändern wollen. Das Bündnis Luzern für alle – Wegweisung ist Willkür! hat deshalb das Referendum gegen den Wegweisungsartikel lanciert. Das Bündnis wird getragen von verschiedenen Jungparteien und -organisationen, von den Demokratischen JuristInnen, der Unia Jugend sowie den Grünen. Wir wehren uns mit kreativen Aktionen und setzen uns für echte Lösungen ein: z. B. für die Einführung der aufsuchenden und offenen Gassenarbeit in Luzern.

Das Referendum gegen den Wegweisungsartikel läuft seit dem 3. Mai; wir haben sechzig Tage, um mindestens 3'000 Unterschriften zu sammeln. Den Referendumsbogen und weitere Informationen findet man unter: www.luzernfueralle.ch (PC 60-732714-3). Wir danken allen, die uns unterstützen.



Freie Schulwahl

Ein Beitrag zur Chancengleichheit?

Heinz Bähler-Trinkler, RundBrief-Redaktionsmitglied, Luzern

Seit einigen Wochen geistert ein «neues» Schlagwort durch den Blätterwald: das Schlagwort von der freien Schulwahl. Dahinter verbirgt sich eine einfache Idee: Die Eltern entscheiden, welche Schule ihr Kind wo (in welchem Quartier) besuchen soll. Die Gelder werden danach der entsprechenden Schule überwiesen.

Eltern sollen frei und ohne Zusatzkosten zwischen den einzelnen staatlichen Volksschulen, einer Montessori-Schule, einer englischsprachigen oder einer anderen Schule wählen können. Sämtliche Schulen würden durch Kantonsbeiträge finanziert, die sich an den Durchschnittskosten der öffentlichen Schulen orientieren würden.

Die Vorstellung der InitiantInnen ist, dass der entsprechende Betrag (heute rund 11'000 Franken pro Kind) der Schule überwiesen würde, welche das Kind real besucht.

Ganz neu ist die Idee nicht. So wurde die Initiative für eine freie Schulwahl im Kanton Bern 1983 mit 78,6 Prozent Nein-Stimmen verworfen, und die Tessiner Stimmberechtigten lehnten 2001 eine ähnliche Initiative mit 74 % Nein-Stimmen ab.

Elternlobby lanciert kantonale Initiativen

In jüngster Zeit setzt sich die Elternlobby mit grossem Engagement für das Anliegen der freien Schulwahl ein. Pia Amacher, Präsidentin der Elternlobby, will erreichen, dass alle

Eltern entscheiden können, welche Schule ihr Kind besuchen soll, und zwar «unbesehen von ihrem Portemonnaie», wie sie betont. Für die Elternlobby ist die freie Schulwahl ein wichtiger Beitrag zur Chancengleichheit. Grund genug für die Gruppe, in verschiedenen Kantonen solche Initiativen zu lancieren.

Pia Amacher erklärt: «Heute entscheidet die Politik darüber, nach welchen Grundsätzen unsere Kinder ausgebildet werden. Es gibt keinen Grund, weshalb das nicht die Eltern tun können. Sie haben schliesslich die Verantwortung für die gesamte Ausbildung ihrer Kinder.»

Ungeklärte Fragen

Führt die freie Schulwahl tatsächlich zu mehr Gerechtigkeit, mehr Chancengleichheit und/oder (wegen des Wettbewerbs) zu qualitativ besseren Schulen, wie die BefürworterInnen erklären? Gerhard Pfister ist CVP-Mitglied und Präsident des Verbandes schweizerischer Privatschulen. Obwohl er eine Stärkung des Wettbewerbs befürwortet, warnt er davor, das Bildungsmodell mit einem radikalen Systemwechsel zu gefährden. Er weist auf die ungeklärte Frage hin, wie sich die Aufnahmepflicht in der Praxis umsetzen lasse, wenn eine Privat- oder Quartierschule von Anfragen überrannt werde.

Weitere Fragen sind: Was passiert, wenn die Schule eines bestimmten Quartiers «ausgebucht» ist und nicht alle Kinder aus dem Quartier aufgenommen werden können? Wer bezahlt den Transport der Kinder? Die Erfahrungen zeigen, dass nur Eltern, die ökonomisch in der Lage sind, den Transport ihrer Kinder zu organisieren bzw. zu finanzieren, vom Wahlrecht Gebrauch machen.

Zahlreiche Studien, so auch von der OECD, zeigen auf, dass die freie Schulwahl die Benachteiligung von Kindern bildungsferner Schichten verschärft. Ihre Chancen, einen Platz an einer «guten» Schule zu erhalten, werden noch geringer sein als heute. Auch in Schweden (von den BefürworterInnen jeweils als Vorbild dargestellt) werden zunehmend soziale Trennungen festgestellt, weil die Schulen die Art ihrer Zugänge kontrollieren können.



Nehmen Sie sich Zeit für Ihre Gesundheit

ZEN SHIATSU

unterstützt die aktive Gesundheitsförderung,
hilft Stress und Burn-out vorzubeugen,
eignet sich als Therapie
bei körperlichen und psychischen
Beschwerden



Brida Rüttimann
Praxis für Zen Shiatsu
Winkelriedstr. 30
6003 Luzern
Telefon 041 210 20 00
Kassenanerkant

Mitteilung der Grünen Stadt Luzern

Gütschbahn retten

Hans-Peter Hug, Mitglied städtischer Vorstand, Luzern

Seit dem 21. April fährt die Gütschbahn nicht mehr. Die kurzfristige und offiziell vorläufige Betriebseinstellung durch die Château Gütsch Immobilien AG des russischen Oligarchen Alexander Lebedew ist sehr bedauerlich.

Die AG will zwar auf den 1. Juni einen kostenlosen Shuttle-Bus vom Stadtzentrum auf den Gütsch anbieten. Unklar sind jedoch Fahrplan sowie Anbindung an den öffentlichen Verkehr; der Shuttledienst kann die Bahn nicht gleichwertig ersetzen.



Die AG als Hotelbesitzerin sieht im Moment keine Weiterführung der Bahn vor, obwohl die Konzession noch bis ins Jahr 2012 gilt. Es ist leider zu befürchten, dass die Bahn aufgrund betriebswirtschaftlicher Überlegungen endgültig stillgelegt wird.

Älteste zweigleisige Standseilbahn

Die Gütschbahn ist für die Bewohnerinnen und Bewohner der Gütschhöhe ein wichtiges öffentliches Verkehrsmittel. Ebenso wichtig ist die Bahn für die Erreichbarkeit des Erholungsgebiets Gütsch-Sonnenberg. Zudem ist sie Teil der kulturgeschichtlich bedeutenden Hotelanlage und als weltweit älteste zweigleisige Standseilbahn einzigartig. Genau solche Aspekte sind im Übrigen in der bisherigen Berichterstattung der Neuen Luzerner Zeitung zu kurz gekommen. Die historisch wertvolle Bahn, die zu einem das Stadtbild prägenden Ensemble gehört, darf nicht aufgrund ausschliesslich ökonomischer Erwägungen aus dem Bild der Stadt verschwinden.

Es ist im Interesse der Öffentlichkeit nötig, den Betrieb der Bahn weiterhin zu gewährleisten. Christa Stocker fordert deshalb den Stadtrat in einem Postulat auf, alles zu unternehmen, um die Gütschbahn zu erhalten. Die öffentliche Hand ist gefordert, sich konzeptionell und finanziell an der Sanierung der Bahn zu beteiligen. Zudem soll die Bahn in den Tarifverbund integriert werden. Eine gemischtwirtschaftliche Trägerschaft ist zu prüfen. Dazu soll der Stadtrat das Gespräch mit der Château Gütsch Immobilien AG suchen. Der Erhalt der Gütschbahn ist ein Teil der Lebensqualität, welche die städtischen Grünen in ihrem Programm «Luzern – zum Leben gern» einfordern.



M V

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

**Elektrosmogmessung | Schlafplatzuntersuchung
Feuchtigkeits- und Schimmelprobleme
Mängel in der Wohnung**

Werden Sie Mitglied!

Wir unterstützen und beraten Sie zuhause - schnell und professionell!

Telefon 041 220 10 22 | mvl@bluewin.ch | www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g

Kommunalwahlen in Emmen

Die drei Sitze locker verteidigt

Monique Frey, Einwohnerrätin Grüne, Emmen

Weder im Gemeinderat noch in der Bürgerrechtskommission gab es am 20. April 08 einen Sitz für die Grünen, dafür konnten wir die drei Sitze im Einwohnerrat locker verteidigen. Leider hat die SP einen Sitz eingebüsst. So geht die gemeinsame Fraktion geschrumpft in die nächste Legislatur.

Mit einer fundierten Sachpolitik wird es uns dennoch auch in Zukunft gelingen, einiges (in wohl wechselnden Koalitionen) mitzubestimmen. Hauptthema wird die Möglichkeit einer erweiterten Zusammenarbeit mit der Stadt Luzern und den anderen Agglomerationsgemeinden sein. Hier ist eine Vernetzung der Grünen aller betroffenen Gemeinden sehr wichtig.

Weiter muss die Sanierung von Schulhäusern und Betagtenzentren angegangen werden. Da Emmen in einem finanziellen Engpass ist, werden hier auch alternative Modelle geprüft (PPP, Teilprivatisierung). Für eine neue Überbauung à la Tribtschenstadt (600 bis 800 Wohnungen) wird geprüft, ob der Ortsbildschutz für das «Schindlerdörfli» noch gelten soll. Auch hier wollen wir Grünen unsere Themenführerschaft im Bereich ökologische Bauvorschriften und Verkehr ausbauen.



Kein zweiter Wahlgang

Wir Grünen verzichteten auf eine eigene Kandidatur im zweiten Wahlgang für den Gemeinderat. Dies, weil zu erwarten war, dass im zweiten Wahlgang parteipolitische Ansprüche und Auseinandersetzungen dominieren und die Qualitäten der einzelnen Kandidierenden nur scheinbar im Vordergrund stehen würden.



Standhaft auch bei Gegenwind: Luzius Hafen, Andreas Kappeler und Monique Frey (Grüne, Einwohnerrat Emmen).

Kommunalwahlen in Horw

L20: Ein Ziel erreicht!

Michael Albisser, L20, Horw

Die L20 verfolgte bei den Gemeindewahlen vom 20. April zwei Ziele: die bisherige Sitzzahl im Einwohnerrat zu halten und den Gemeinderatssitz von Oskar Mathis im ersten Wahlgang zu sichern.

Ersteres wurde bekanntlich nicht erreicht. Die L20 musste einen Sitz an die SVP abtreten und hat nun noch sechs Mandate. Dieses Ergebnis erstaunt auf den ersten Blick. Doch schon im Vorfeld der Wahlen wurde deutlich, dass sich die L20 mit ihren differenzierten inhaltlichen Positionen – zum

Beispiel im Bereich der Finanzpolitik oder der Ortsplanung – bei den Wählenden nicht nur Freunde schaffen würde.

Auch die Suche nach Kandidierenden und Unterstützenden verlief eher harzig. Es zeigte sich, dass nur noch wenige bereit sind, sich öffentlich für politische Anliegen und Ideen zu exponieren. Umso erfreulicher war die deutliche Wiederwahl von Oskar Mathis als Gemeinderat. Der Aufwand und der grosse Einsatz haben sich also doch gelohnt – ein Ziel wurde erreicht!



Kommunalwahlen in Kriens

Anspruch von Cyrill Wiget

Michael Töngi, Co-Präsident und Kantonsrat Grüne, Kriens

Cyrill Wiget erreichte im ersten Wahlgang 49 % der Stimmen und scheiterte damit knapp an der absoluten Mehrheit.

Dies zeigt seine hohe Popularität und es zeigt ebenfalls, dass der Anspruch der Grünen auf einen Gemeinderatssitz nicht grundsätzlich bestritten wird. Leider kommt es trotzdem zu einem zweiten Wahlgang: Ein rechtsbürgerlicher Kandidat von Gnaden der SVP und FDP will den CVP-Kandidaten aus dem Rennen werfen.

Zweierlei ist dabei kurios: Zum einen hat sich die SVP vor den Wahlen sehr deutlich dafür ausgesprochen, dass die parteipolitische Zusammensetzung des Gemeinderates erhalten bleiben müsse. Beinahe schon überschwängliche E-Mails des SVP-Parteipräsidenten bezeugen dies. Die Grünen unterstützen den freiwilligen Proporz und sind deshalb der Meinung, dass der zweite freie Sitz im Gemeinderat dem CVP-Kandidaten Lothar

Sidler gehört. Sie haben deshalb der CVP auch vorgeschlagen, gegenseitig die Kandidaten auf die Liste zu nehmen. Leider hat die CVP dieses Angebot abgelehnt und es fragt sich damit, ob sie selber noch hinter der Idee des freiwilligen Proporz steht. Angst essen Seele auf.

Zum andern ist es erstaunlich und auch erfreulich, dass Cyrill Wiget derart anerkannt ist und von keiner Seite angegriffen wird. Viel Dreck wurde in den letzten Jahren gegen die Umweltschutzstelle geworfen und trotzdem besteht mindestens vordergründig ein Konsens, dass Cyrill Wiget weiterhin seine Arbeit als Gemeinderat machen soll.

Gegessen ist die Sache für die Grünen deshalb aber noch nicht: Kriens ist eine bürgerliche Gemeinde und es braucht einen Ruck für den zweiten Wahlgang, damit Cyrill Wiget die Wiederwahl sicher schafft.



Kommunalwahlen in Sursee

Wenig Veränderung

Andreas Hofer, Kantonsrat und Co-Präsident Grüne Region Sursee

Die Kommunalwahlen 2008 in Sursee sind vorbei, und aus «grüner» Sicht hat sich wenig verändert. Erfreulich ist einzig der Sitzgewinn unseres Kandidaten Matthias Steiner für die Einbürgerungskommission.

Es ist uns aber gelungen, mit unseren Kandidierenden etwas Farbe in den Wahlkampf zu bringen und «echte» Wahlen zu ermöglichen. Mit den sehr eingeschränkten finanziellen Mitteln konnten wir uns keine grosse Kampagne leisten – ganz im Gegensatz zu den beiden bürgerlichen Parteien CVP und FDP, die in Sursee mit Plakaten, Flyern und Inseraten omnipräsent waren.

Wäre mit mehr Werbung für unsere Kandidierenden ein besseres Wahlergebnis möglich gewesen? Ich bezweifle dies, denn als noch junge Ortspartei müssen wir uns das Ver-

trauen der Bevölkerung erst noch erkämpfen und die Bürgerinnen und Bürger mit einer innovativen und ökologischen Sachpolitik überzeugen.



Matthias Steiner schaffte den Einzug in die Einbürgerungskommission.

Abstimmung Videoüberwachung Öffentlicher Raum = Strafraum?

Markus Husmann, Mitglied Referendum gegen Videoüberwachung Luzern

«Eng angelehnt» an die datenschützerischen Empfehlungen nennt die Stadt Luzern ein Reglement, das vorsieht Bilddaten 25 Mal länger zu speichern, als der Datenschützer fordert. Ab Sommer sollen demnach Polizisten an Bildschirmen den Bahnhofplatz in Echtzeit überwachen. Vorher können wir darüber abstimmen.



Der Bahnhofplatz wird seit einiger Zeit über ein erträgliches Mass hinaus genutzt. Insbesondere hat sich eine Szene von rauschtrinkenden, alkoholisierten Jugendlichen und teilweise auch Randständigen gebildet, die für vernünftige Gespräche nicht zugänglich sind. So beginnt die Begründung der Luzerner Exekutive, warum sie den Bahnhofplatz überwachen wolle und dazu das Videoüberwachungsreglement brauche. Die anschliessende Diskussion im grossen Stadtrat war polemisch und oberflächlich. Die SVP verglich Luzern mit den kriminellsten Städten der Welt, die FDP palaverete von Littering und Wettbewerbsfaktor, die CVP bedauerte, dass es soweit kommen «musste». Ebenso platt kommt das Reglement daher. Eine grosse Mehrheit der Ratslinken forderte daher – vergeblich – die Rückweisung oder eine Beschränkung auf 5 Standorte. Die Jungen Grünen sammelten mit anderen jungen, grundrecht-

lich orientierten Organisationen in kurzer Zeit weit mehr als die 800 fürs Referendum nötigen Unterschriften.

Mit dem Reglement erhält der Kleine Stadtrat eine Generalvollmacht zur Installation von Kameras im öffentlichen Raum. Personenbezogene Videoüberwachung ist aus grund- und datenschutzrechtlicher Sicht heikel. Beispielsweise wäre es kaum verhältnismässig, den Bahnhofplatz generell zu überwachen. Daher hat der kantonale Datenschützer Empfehlungen abgegeben, von denen das städtische Reglement aber gerade in wichtigen Punkten wie der Speicherdauer erheblich abweicht. Rückständig ist das städtische Reglement noch in anderen Punkten, etwa betreffs den erforderlichen Hinweistafeln oder bezüglich eines jährlichen Evaluationsberichts, der sich bei der Stadt in einem simplen Kameraregister erschöpfen soll.

Auch sicherheitspolitisch ist der Kameraeinsatz fragwürdig. Im jüngsten städtischen Sicherheitsbericht (2007) schaffte es Videoüberwachung als Massnahme gerade knapp in die Kategorie «bedingt empfohlen». Studien bezweifeln die tatsächliche Wirksamkeit von Videoüberwachung. Das teilweise kurzfristig erhöhte subjektive Sicherheitsgefühl verfliegt spätestens bei der Erkenntnis, dass objektiv kaum eine Eindämmung von Straftaten erreicht wird. Allenfalls kommt es zur Verlagerung gewisser krimineller Handlungen, was in einer segregativen Stadtentwicklung – überwachte Kommerzzone und vernachlässigte Quartiere – münden kann. Eine knappe Mehrheit der Luzerner Bevölkerung lehnte Ende 2006 in einer repräsentativen Umfrage Videoüberwachung ab und sprach sich stattdessen für bauliche, gestalterische und sozialarbeiterische Massnahmen aus. Die budgetierten 300'000 Franken – im Übrigen nur ein Teil der tatsächlichen Kosten, da die Stadt sich nicht zu den Unterhalts- und Betriebskosten äussert – könnten also durchaus auch sinnvolle Verwendung finden.

Abstimmungsparole (Stadt Luzern)

Reglement über die Videoüberwachung im öffentlichen Raum

NEIN

Der Mitarbeitende des Datenschutzbeauftragten, Daniel Schveri, äussert sich allgemein zur Thematik der Videoüberwachung wie folgt: «Erfahrungen in England haben gezeigt, dass die Videoüberwachung Kriminalitäts- und Gewaltprobleme nicht löst, sondern in der Regel örtlich verdrängt. Personenbezogene Videoüberwachung ist ein schwerwiegender Eingriff in das verfassungsrechtliche Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung. Damit eine solche Massnahme verhältnismässig ist, muss sie bezogen auf ihr Ziel notwendig und geeignet sein. Wird beispielsweise einfach ein ganzer öffentlicher Platz überwacht, ohne dass dazu ein ganz bestimmtes Bedürfnis genannt werden kann, bestehen Zweifel an der Verhältnismässigkeit der Überwachungsmassnahme.» Der Datenschutzbeauftragte des Kantons Luzern hat ein Musterreglement erarbeitet, worin eine Speicherdauer von 96 h empfohlen wird, während das zur Abstimmung vorliegende Reglement sich dem bundesgerichtlich festgestellten Maximum von 100 Tagen bedient.

www.keinekameras.ch
PC 60-250765-8

Jonas Ott verlässt uns auf Ende Juni

Die Hochschule ruft ...

Michael Töngi, Co-Präsident Grüne Luzern, Kriens

Jonas Ott zieht es weiter: Wir danken ihm für die grosse Arbeit, die er als Sekretär der Grünen Luzern geleistet hat.

2003 kam Jonas Ott zu den Grünen, damals als Kandidat der Jungen Grünen für die Nationalratswahlen des gleichen Jahres. Viele

Wahljahr 2007 auf dem Sekretariat mitorganisiert. Alle, die das einmal aus der Nähe oder Ferne mitgemacht haben, wissen, dass ein solcher Wahlzyklus quasi die Masterarbeit des Politsekretärs ist – nachher kann einen Sekretär eigentlich nichts mehr erschüttern.

Besonderes Flair für Gestaltung

Jonas hatte für all diese Arbeiten eine gute Hand und stets eine sehr angenehme Art. Für eines aber, und das zeigte sich bald, hatte er ein ganz besonderes Flair: Bei der Gestaltung von Einladungen, Karten und Plakaten entwickelte er eine originelle eigene Sprache und überraschte uns immer wieder von neuem – eine helle Freude war das.

Jonas hat sich entschieden, dieser starken Fähigkeit mehr Raum zu geben. Ab Spätsommer wird er nach bestandener Aufnahmeprüfung in Luzern den Vorkurs der Hochschule Luzern – Gestaltung und Kunst besuchen. Aus zeitlichen Gründen muss er seine Stelle bei den Grünen aufgeben; schade, Jonas, wir werden dich vermissen. Doch man hat sagen hören, dass du bei den Grünen nicht ganz aussteigen wirst ...

Wir wünschen Jonas auf alle Fälle viel Freude bei seiner Ausbildung und sagen gleichzeitig: Herzlich willkommen im Kreis der Alt-SekretärInnen!



von dieser ersten jungen grünen Wahlliste sind heute noch bei den Grünen aktiv, und Jonas Ott fing im Sommer 2004 auf dem Sekretariat zu arbeiten an.

Die Einarbeitungszeit war kurz, der Einsatz bald schon heftig – im Herbst trat unerwartet Regierungsrat Kurt Meyer zurück und die Grünen machten mit Louis Schelbert der SVP den Sitz streitig. So lernte Jonas Ott in einem Crash-Kurs für angewandte Politarbeit innert Kürze und im zarten Alter von 23 Jahren alles kennen, was zur Arbeit auf dem grünen Sekretariat gehört.

Jonas Ott begleitete die Stadtgruppe, er war Verbindungsperson zu den Jungen Grünen und hat verschiedene Abstimmungskämpfe koordiniert – und insbesondere natürlich das

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

für sie «gut zum druck»

g e g e n d r u c k _ G m b H

_offsetdruckerei _t 041 360 82 70



Sport- und Familienfest Sonntag, 24. August 08

Auch bei den Grünen gibts schöne Traditionen: Zu ihnen gehört das Sport- und Familienfest auf der Allmend. Dieses Jahr wird wieder getschüttet, neue Smashkombinationen werden erprobt, für die Kinder gibt es ein eigenes Programm, und es kann auch schon um 9.15 Uhr bei Zopf und Co. ein feines Zmorgen gegessen werden.

Fussballturnier, Sonntag, 24. August 2008, ab 9.00 Uhr

Männermannschaften oder gemischte Teams. Offizielle Fussballregeln (ohne Offside- und Rückgabe-Regel). Einsatz pro Team Fr. 70.-

Der Spielplan wird der Kontaktperson in der Woche vor dem Turnier zugestellt.

Anmeldung Fussballturnier Erwachsene

Teamname: _____

Kontaktperson, Tel.: _____

Adresse, PLZ/Ort: _____

Volleyballturnier, Sonntag, 24. August 2008, ab 9.15 Uhr

Mixed Frauen und Männer (min. 3 Frauen). Einsatz pro Team Fr. 60.-

Der Spielplan wird der Kontaktperson in der Woche vor dem Turnier zugestellt.

Anmeldung Volleyballturnier

Teamname: _____

Kontaktperson, Tel.: _____

Adresse, PLZ/Ort: _____

Anmeldungen bis spätestens 18. August 2008 einsenden an:

Grüne Luzern, Postfach 31, 6000 Luzern 4

HelferInnen gesucht!

Für ein tolles Sportfest suchen wir einige HelferInnen. Melde dich bitte frühzeitig zur Mithilfe, sonst werden wir dir telefonieren. Jeder Einsatz ist uns sehr willkommen! Einfach untenstehende Tabelle ausfüllen und an Grüne Luzern, Postfach 31, 6000 Luzern 4, schicken.

Kuchen-BäckerInnen melden sich bei Hans-Urs Fähndrich, Tel. 041 310 71 14

Sonntag, 24. Aug.	7'30-9'30	9'30-11'30	11'30-13'30	13'30-15'30	15'30-17'30
Aufstellen					
Küche (Hilfe)					
Abwaschen					
Grill					
Abräumen/Aufräumen					
Kinderprogramm					

Name/Vorname: _____

Adresse, PLZ/Ort: _____

Telefon: _____



Auf der Titelseite ihrer Ausgabe vom 17. April 2008 feiert die Neue Luzerner Zeitung den Vorstoss einer städtischen CVP-Frau. Im Luzerner Bund wird das Thema nochmals aufgenommen und mit einem Foto illustriert. Die Idee «**Velopolizisten für Luzern**» wird in den höchsten Tönen gelobt. Beschämend an der Sache ist, dass die grüne Grosstadträtin Christa Stocker das Gleiche bereits im Jahr 2001 gefordert hat. Damals wurde sie jedoch von der Zeitung (milde gesagt) belächelt. Entweder haben sich die Zeiten geändert, oder die Neue LZ ist nicht neutral.

Tja, die Grünliberalen. Nach der x-ten Ankündigung sind sie nun gegründet. Ihr Gründer und Mehrfachmillionär Walter Palmers ist ein **Freund des Tierschützers Kessler**. Dieser wurde mehrmals wegen Verstoss gegen die Antirassismus-Strafnorm angeklagt. Palmers, der auch für jeden Anti-Zirkus-Knie-Demonstranten schon mehr als 100 Franken ausgab, damit er sein Grüppchen erhielt, gibt sich nicht immer so liberal. Die Grünen findet er zu rot (zu sozial für einen Mehrfachmillionär?) und zu technologiefeindlich. Beispiele dafür fehlen, Parolen und Positionen zu lokalen Themen gab es keine.

Peter Schilliger (FDP) **sieht schon die liberalen Felle davonschwimmen**. In der Neuen LZ vom 17. April 2008 versucht er, den Schaden zu begrenzen, den die Gemeindewahlen vom 20. April anrichten würden. Er interpretiert die Wahlergebnisse von Zürich in Verluste für die SP und die Grünen um. Haben im Kanton Zürich nicht die SP und die FDP verloren? Die Zahl von FDP-Nationalratssitzen sank kontinuierlich von sieben (über sechs und fünf) auf vier, während die Grünen einen Nationalratssitz und mit den Grünliberalen sogar vier Sitze gewannen.

Noch etwas zum Schmunzeln dank den Superdemokraten von der SVP (aus dem NZZ-Folio vom März 2008). Der Ratspräsident instruiert die Neulinge, dass sie bei der elektro-

nischen Abstimmung nicht nur den Knopf für Ja, Nein oder Enthaltung auf ihrem Pültchen drücken müssen, sondern gleichzeitig eine zweite Taste an der Unterseite des Pults. Die zweite Taste heisst **inoffiziell «Blocher-Taste»**: Sie wurde eingebaut, nachdem der damalige Nationalrat Christoph Blocher 1994 bei einer Abstimmung nicht nur seine Stimme, sondern mit der anderen Hand auch die seiner abwesenden Parteikollegin Lisbeth Fehr abgegeben hatte. Er wurde dafür vom Parlament «scharf gerügt».

Der Blocher-Effekt – der keiner war! Die kantonalen Wahlergebnisse von St. Gallen und Schwyz seien «die erwartete (und verdiente) Quittung» für das «abgekartete Spiel» von CVP und SP bei der **Abwahl von Bundesrat Blocher**. Wenn man zum Vergleich die Ergebnisse der Nationalratswahlen vom letzten Herbst herbeizieht, ergibt sich folgendes Bild: In St. Gallen holte die SVP im Oktober 35,8 % der Stimmen. Jetzt, bei der kantonalen Ausmarchung gemäss NZZ, noch 29,4 %. Auch im Kanton Schwyz erreichte die SVP die 45 % vom letzten Herbst nicht mehr. Solider Journalismus ist auch für die NZZ immer mehr ein Fremdwort.

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf

Grüne Luzern, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Redaktion

Natalie Kamber

Korrektorat

Nina Ceresa

Inserate

Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Fotos

Jakob Ineichen (S. 3, 11, 17)

Konzept, Gestaltung und Druck

Gegendruck GmbH,
Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37

Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1375 Exemplare

Abonnement

Ein Jahr Fr. 30.– Abo

Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

Redaktionsschluss

RundBrief 4/2008, 16. August 2008



RundBrief 3/08

Agenda

Juni

Datum	Zeit	Veranstaltung, Ort
So 01.		Abstimmungssonntag
Di 03.	19.30	Städtischer Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Mi 04.		GV Grüne Luzern , Zeit und Ort noch unklar
Do 05.	19.30	Podium zum Wegweisungsartikel , Bärtisser, Luzern
Fr 06.	20.00	Junge Grüne , Sekretariat Grüne Luzern
Mo 09.	19.30	Kantonaler Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Do 12.	19.30	Vorstand Grüne Kriens , Café Ambrosia, Kriens
Di 24.	19.30	Städtischer Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
Mo 30.	19.30	Kantonaler Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern

Juli

Datum	Zeit	Veranstaltung, Ort
Fr 04.	20.00	Junge Grüne , Sekretariat Grüne Luzern

August

Datum	Zeit	Veranstaltung, Ort
Fr 08.	20.00	Junge Grüne , Sekretariat Grüne Luzern
Mo 11.	19.30	Kantonaler Vorstand , Sekretariat Grüne Luzern
So 24.		Sportfest , Allmend



RundBrief 3/08

Hinweis

28. bis 31. August 2008

Sommeruniversität der Europäischen Grünen Bridging the Gaps

Die «Greens/EFA European Summer University» finden in Frankfurt an der Oder (D) und in Slubice (Polen) statt. Das (noch nicht definitive) Programm sieht ein von Daniel Cohn-Bendit moderiertes Gespräch über die Zukunft Europas und viele Workshops zu interessanten Themen vor. Einige Workshops werden in deutscher Sprache abgehalten. Im Angebot sind auch kulturelle Ausflüge und ein Fussballturnier.

Wer sich für die Sommeruniversität interessiert, kann den Newsletter auf der folgenden Website abonnieren: www.greens-efa.eu. Vielleicht lässt sich gar eine Luzerner Delegation zusammenstellen?

Falls du dich für eine Teilnahme interessierst, melde dich bitte auf dem Sekretariat der Grünen Luzern (lu@gruene.ch, Tel. 041 360 79 66).